

Parlament
Kommission für soziale Fragen
Landorfstr. 1
3098 Köniz

Liebefeld, 15.11.2007

Kommission für soziale Fragen KSF **Rechenschaftsbericht 2004 - 2007**

Sehr geehrter Parlamentspräsident
Liebe Mitglieder des Parlaments

An der Parlamentssitzung vom September 2004 verabschiedete das Parlament das Reglement der Kommission für soziale Fragen (KSF). An der gleichen Sitzung wurde auch ein Antrag gutgeheissen, die KSF habe nach zwei Jahren ihre Arbeit zu bilanzieren und Bericht zu erstatten. Letzten Winter kam das Parlament dem Wunsch der Kommission nach, diese Frist auf Ende 2007 zu erstrecken.

In den Zuständigkeitsbereich der KSF fallen die Abteilung „Alter, Jugend und Gesundheit“, die Abteilung „Soziales und Vormundschaft“ und die Schulsozialarbeit in der Abteilung „Bildung und Sport“. Die Einarbeitung in den sozialen Bereich der Direktion Bildung und Soziales erforderte einiges an Zeit, nicht nur wegen der Grösse und Differenziertheit dieser Abteilung, sondern auch wegen der Komplexität der Geschäfte und der Mechanismen, die im sozialen Bereich herrschen.

Im ersten Jahr der Arbeitsaufnahme (2005) war die KSF vollauf damit beschäftigt, den komplexen Aufbau der Abteilungen Soziales und Gesundheit zu verstehen, deren Parlamentsgeschäfte nachzuvollziehen und zu Handen der Geschäftsprüfungskommission Empfehlungen abzugeben, dazu auch die Prüfung des jährlichen Verwaltungsberichts und des Budgets der DBS (ohne Schulabteilung, aber mit Schulsozialarbeit).

Im zweiten Jahr des Bestehens der KSF (2006) schauten wir uns mit Hilfe der Abteilungsleiter der DBS die Leitplanken der Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien) und den kantonalen Lastenausgleich näher an. Zur Thematik Alterspolitik konnten wir uns zusätzlich mit je einem Experten des Kantons und einer Expertin aus der Gemeinde Köniz Sachwissen aneignen, so dass fachkompetentes Mitreden und politische Beurteilungen möglich wurden.

Im Antrag zur Fristerstreckung vom 30. Januar 2007 an das Parlament schrieb die KSF: „Die KSF mit ihren viel beschäftigten Mitgliedern muss ihre

Arbeit zuerst eine gewisse Zeit leisten und eine gewisse Dynamik entfalten können, bevor deren Nutzen erkennbar wird.“

Diese Dynamik hat sich nun in diesem Jahr entfaltet, denn neben den Verwaltungsberichten und der Jahresrechnung schauten wir mit dem Direktionsvorsteher Ueli Studer und den zuständigen Abteilungsleitern folgende Themen näher an:

- Neuausrichtung der Alterskonferenz
- Jugendarbeitslosigkeit
- Kontrolle im sozialen Bereich
- Schliessung des Beschäftigungsprogramms „Gastro“

Die Themen Alterskonferenz und „Gastro“ wurden auch im Parlament behandelt. „Kontrolle im Sozialbereich“ ist zweifellos das Thema, das die Öffentlichkeit momentan am meisten beschäftigt. Hierzu liess sich die KSF dieses Jahr mehrmals informieren. Mit dem internen Controlling der DBS wird nicht nur die Richtigkeit der Abrechnungen und Angaben geprüft, sondern auch weitere Ziele und Prioritätensetzungen der Direktion. Hauptauftrag der Sozialhilfe ist nach wie vor Wiedereingliederung der Sozialhilfebezüger.

Die Kontrollen sind vielfältig und setzen auf verschiedenen Ebenen ein:

- Gute Information und Zielvereinbarungen mit den Sozialhilfebezügern
- Standardisierte Abläufe
- Vieraugenprinzip
- Dossierkontrolle durch Vorgesetzte und aussen stehende Experten
- Vertrauensarzt und Testarbeitsplätze
- Kontrolle des Finanzwesens durch die Finanzkontrolle

Es ist kein Ziel der DBS, alle Sozialhilfebezüger unter Generalverdacht zu stellen. Trotz aller Kontrollmassnahmen sind in Einzelfällen Missbräuche möglich. Zu Strafanzeigen kommt es in Köniz in 0,7 Prozent der Fälle.

Bereits letztes und auch in diesem Jahr sind die Kontrollen verschärft worden. Weitere Massnahmen werden im Rahmen eines Pilotprojektes des Kantons Bern getestet. Ein Risiko besteht allerdings dabei: Werden zusätzliche Personalressourcen für die Kontrolle eingesetzt, fehlen diese für den Hauptauftrag, nämlich die Integration.

Gesamthaft gesehen bekam die KSF den Eindruck, dass im Bereich der Sozialkontrolle in Köniz professionelle Arbeit geleistet wird.

Besonders erfreulich und konstruktiv war der Einbezug der KSF in die Vernehmlassung zum Alterskonzept. Die Kommission äusserte sich sehr detailliert und zu jedem Thema des Entwurfs. Das Resultat, zu dem auch die KSF ihren Teil beigetragen hat, wurde dem Parlament an der Novembersitzung 2007 vorgestellt.

Im Weiteren setzte sich die KSF dieses Jahr während mehrerer Sitzungen intensiv mit Art. 2 Abs. 2 des KSF-Reglements auseinander: „Die Kommission übt zuhanden der GPK ein politisches Controlling über die Geschäfte im sozialen Bereich aus.“

Gemäss Art. 2 Abs. 1 KSF-Reglement führt die KSF zu Handen der GPK Vorprüfungen durch, insbesondere zum Budget, zur Gemeinderechnung und zum Verwaltungsbericht. Zukünftig wird die GPK zu den sozialen Geschäften der DBS einen schriftlichen und begründeten Antrag der KSF erhalten (Art. 5 Abs. 1 KSF-Reglement).

Die KSF bearbeitete im Weiteren die Frage, in welcher Form sie ihre Aufgaben wahrnehmen will (Art. 3 KSF-Reglement). Als Mittel stehen ihr Akteneinsicht, Verwaltungsbesuche und Auskünfte des Direktionsvorstehers und der Abteilungsleitungen zur Verfügung (Art. 8 KSF-Reglement).

Für die KSF beinhaltet politisches Controlling die Prüfung der Produktgruppen gemäss IAFP, für welche die KSF zuständig ist, und der damit zusammenhängenden Legislaturziele der DBS (vgl. Legislaturziele des Gemeinderates, Kapitel 2 und 3, Arbeiten und Gesellschaft). Zwei Zweierteams und ein Dreierteam der KSF werden folgende Bereiche überprüfen:

- IAFP Produktgruppe 12 (Individuelle Sozialhilfe),
Legislaturplanung Punkt 3.4.1. (Schulsozialarbeit)
- IAFP Produktgruppe 13 (Vormundschaft)
- IAFP Produktgruppe 14 (Sozialversicherungen)
- IAFP Produktgruppe 15 (Institutionelle Sozialhilfe),
Legislaturplanung Punkte 2.2, 3.1., 3.2.
- IAFP Produktgruppe 16 (Migration),
Legislaturplanung Punkt 3.3

Dieses vertiefte politische Controlling gemäss Produktgruppen und Legislaturzielen hat zur Folge:

- die obgenannten Teams führen bis jeweils Ende Februar 2008 Verwaltungsbesuche durch
- über die Ergebnisse erfolgt eine Berichterstattung in der KSF und in der GPK (gemäss KSF-Reglement Art. 4, Abs. 2)
- die Berichterstattung der KSF an die GPK dient als Grundlage für den Verwaltungsbesuch der zwei GPK-Abgeordneten und ggf. der Präsidentin oder des Präsidenten der KSF beim Direktionsvorsteher im Rahmen der Prüfung des Verwaltungsberichts.

Das oben erwähnte Vorgehen der KSF muss noch in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erprobt, anschliessend ausgewertet und eventuell angepasst werden. Das geplante Vorgehen soll eine vertiefte Auseinandersetzung mit den relevanten Themen der DBS und damit ein effizientes politisches Controlling ermöglichen. Dies ist besonders im sozialen Bereich hochgradig erwünscht, da dieser Bereich heute unter Anpassungsdruck steht und einen zunehmenden Legitimationsbedarf ausweist.

Zusammenfassend nimmt sich die KSF gestützt auf das Reglement der folgenden Aufgaben an:

- Vorbehandlung der Geschäfte des Sozialbereichs der DBS zu Handen der GPK
- Vertieftes politisches Controlling gemäss Produktgruppen und Legislaturzielen mittels Verwaltungsbesuchen und Berichterstattung
- Gesprächspartner der Verwaltung (Beispiel Alterskonzept)
- Bearbeitung politisch aktueller Themen (Beispiel Missbrauch Sozialhilfe) unter ev. Beizug externer Fachleute (Beispiel Alterskonzept)

Die Bilanz aus drei Jahren KSF ist positiv. Die Themen im Sozialbereich sind vielfältig, komplex und brisant. Die KSF hat die in ihrem Kompetenzbereich stehenden Geschäfte eingehend diskutiert und vorgeprüft bzw. geprüft. Die Kommission hat sich in ihrer Arbeit zunehmend konkretisiert und weist eine hohe Fachkompetenz aus. Wir sind besonders stolz auf das integrierte Modell der Legislaturziele und der dazugehörenden IAFP-Produktgruppen. Die KSF ist ein unerlässlicher Teil des modernen Sozialsystems der Gemeinde Köniz; sie trägt Wesentliches zur demokratischen Legitimation sozialer Aufgaben des Staates bei.

Die Kommission ist einstimmig der Meinung, dass die Arbeit der Kommission für soziale Fragen fortgeführt werden soll.

Im Namen der Kommission für soziale Fragen:

Alfred Arm, Präsident